

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist heute schon mehrfach gesagt worden, aber es kann nicht häufig genug wiederholt werden: DANKE! Danke an „Keupstraße ist überall“, Danke für Eure Arbeit. Für das was Ihr auf Euch nehmt, hierher zu kommen. Den Angeklagten ins Angesicht zu schauen. Uns eint der Gedanke: Nie wieder! Nie wieder solche Taten aus nazistisch-rassistischer Gesinnung, nie wieder zutiefst verstörende vorurteilsbelastete Ermittlungen der Polizei, die versuchten Opfer zu Tätern zu machen. Nie wieder eine so offenkundige politische Einflussnahme aus trivialen Gründen der Imagepflege des Standortes und mangelnder Empathie.

Ich möchte als Abgeordnete der LINKEN sagen, was wir tun können. Wir, die wir in den Parlamenten sitzen und aus unserer Geschichte als AntifaschistInnen werden dort alles unternehmen, damit in Zukunft Rechtsterror bekämpft und Opfer geschützt werden.

Es gilt an zwei Stellen hartnäckig zu bleiben. Einmal fordern wir die Schlussfolgerungen aus den NSU-Untersuchungsausschüssen im Bund und den Ländern endlich in die Tat umzusetzen. D.h. in erster Linie eine veränderte Arbeitsweise und Kultur bei Polizei und Justiz im Umgang mit rassistisch und neonazistisch motivierten Straftaten zu etablieren. Und auf der anderen Seite Rassismus in allen Formen von der Einstellungsebene, über die Handlung bis zur Gewalttat entschieden entgegenzutreten. Dazu hatten sich alle Fraktionen verpflichtet und bis jetzt ist wenig bis nichts geschehen, manchmal sogar das Falsche, wenn wir an den Personal-, Mittel-, und Kompetenzzuwachs bei Bundesamt für Verfassungsschutz denken.

Aber da wollen wir nicht stehenbleiben. Wir fordern:

Schluß mit staatlichem Rassismus – Das Menschenwürdegebot und der Gleichbehandlungsgedanke muss zuerst von den Zuständigen respektiert und umgesetzt werden.

Aufklärung des NSU-Netzwerkes mit allen Unterstützer- und HelferInnen

Eine sachgerechte Gefährdungsanalyse zum aktuellen militanten und bewaffneten Neonazismus

Schluss mit Verdrängen, Verschleiern, Vertuschen! Es war nicht Pleiten, Pech und Pannen!

Offenlegung der Akten und unabhängige Untersuchung schuldhaften Handelns staatlicher Stellen

Personelle Konsequenzen in den Behörden

Prüfung strafrechtlicher Schritte gegen Verantwortliche aus Politik, Geheimdiensten, Polizei

Ein Ende des Einsatzes von bezahlten und gelenkten Neonazis und Kriminellen durch die Verfassungsschutzbehörden

Parlamentarische Aufklärung ist nicht am Ende: Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Hamburg sind jetzt am Zug und ich sage deutlich: Auch der Bund. Das Täuschungsmanöver in Sachen V-Mann Tarif zu dem jetzt erst Akten gefunden wurden und ist erneut Beleg für die Notwendigkeit einer zentralen Beschäftigung im Bundestag in Berlin.

Oftmals sind wir unzufrieden, oft ungeduldig, oft richtig wütend – aber ähnlich wie die Nebenklage müssen wir weitermachen auch im Parlament und vor Gericht. Aber wir stehen gemeinsam! Wir wissen wo wir misstrauen müssen und wir wissen auf was wir uns verlassen können. Skeptisch werden wir weiterhin den Heuchlern und alle denen, die einen Schlusstrich ziehen wollen begegnen und Vertrauen schöpfen wir aus unserer Solidarität und dem Wissen dass solange Menschen in diesem Land aufgrund ihrer Herkunft oder Einstellung Opfer von Nazigewalt werden, wir weitermachen müssen. Für die Freiheit – Für das Leben!